



Gerhard Altmann

Abschied vom Empire

Die innere Dekolonisation
Großbritanniens
1945 – 1985

Wallstein

Gerhard Altmann
Abschied vom Empire

MODERNE ZEIT

Neue Forschungen zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte
des 19. und 20. Jahrhunderts

Band VIII

Herausgegeben von
Ulrich Herbert und Lutz Raphael

Gerhard Altmann

Abschied
vom Empire

Die innere Dekolonisation
Großbritanniens 1945-1985



WALLSTEIN VERLAG

Gedruckt mit Unterstützung
der Gerda Henkel Stiftung, Düsseldorf

Meinen Eltern

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2005
www.wallstein-verlag.de

Vom Verlag gesetzt aus der Adobe Garamond
Umschlaggestaltung: Basta Werbeagentur, Steffi Riemann
unter Verwendung einer Fotografie:
Königin Elisabeth II. in Fidschi.
Foreign and Commonwealth Office Library, London
Druck: Hubert & Co, Göttingen

ISBN-10 (Print) 3-89244-870-1
ISBN-13 (Print) 978-3-89244-870-9
ISBN-13 (E-Book, pdf) 978-3-8353-2071-0

Inhalt

1.	Einleitung	7
2.	Forschungsstand und Methode	11
2.1	Forschungsstand	11
2.2	Methodische Vorbemerkungen	22
3.	Empire und Commonwealth 1918-1945	27
3.1	Empirekonzepte und Wirklichkeit nach 1918	27
3.2	Das Empire im Zweiten Weltkrieg	43
4.	Empire und Sozialismus 1945-1951	51
4.1	Weltmachtrolle, Wirtschaftskrisen, Wohlfahrtsstaat	51
4.2	Von der Treuhandschaft zur Partnerschaft	61
4.3	Die Zweite Koloniale Okkupation	71
4.4	Imperiale Brennpunkte: Indien, Palästina, Abadan	78
5.	Das Empire in Metamorphose 1951-1959	105
5.1	»Affluent Society«: Großbritannien in den fünfziger Jahren	105
5.2	Vereinige und Herrsche: Die Zentralafrikanische Föderation	110
5.3	Determinanten der britischen Empirepolitik in den fünfziger Jahren	117
5.4	Die Suezkrise 1956 und die Folgen	128
5.5	»A Fighting Retreat«: Der Konflikt auf Zypern	177
5.6	Ghana, Njassaland und Hola	187
5.7	Die Wahlen vom Oktober 1959	203
6.	Das Jahrzehnt der Introspektion 1959-1971	219
6.1	Jenseits von Afrika	219
6.2	»What's wrong with Britain?«: Die Debatten über die Lage der Nation	231
6.3	»Unilaterally Declared Independence« (UDI): Die Rebellion Rhodesiens 1965	240
6.4	Der Rückzug von »East of Suez« 1968.	254

7.	Zwischenbetrachtung:	
	Rahmenbedingungen der Dekolonisation	271
7.1	Das Commonwealth im Meinungsstreit	272
7.2	Das europäische Dilemma Großbritanniens	289
7.3	Die »Special Relationship« mit den Vereinigten Staaten . . .	310
7.4	Immigration und Powellismus	326
8.	Großbritanniens Unabhängigkeit 1971-1982	347
8.1	Die britische Krankheit	347
8.2	Die Teilung Zyperns 1974	358
8.3	Die Unabhängigkeit Simbabwe 1980	364
8.4	Der Falklandkrieg 1982	370
8.5	Das Commonwealth in den achtziger Jahren	399
9.	Schlußbetrachtung	403
10.	Literaturverzeichnis	413
10.1	Quellen	413
10.2	Quelleneditionen	415
10.3	Zeitungen und Zeitschriften	417
10.4	Autobiographien, Memoiren, Reden und Tagebücher	417
10.5	Sekundärliteratur	419
	Dank	456
	Personenregister	457

1. Einleitung

Der Prozeß der Dekolonisation gehört zu den folgenschwersten Ereignissen des 20. Jahrhunderts. Neben den Weltkriegern und den von ihnen verursachten Menschenopfern hat kaum eine Entwicklung so deutliche Spuren hinterlassen wie die Ablösung imperialer Herrschaft durch die formelle Unabhängigkeit vormals fremdbestimmter Völker. Was zu Beginn eines vor europäischer Selbstgewißheit strotzenden Jahrhunderts noch wie der Wechsel auf eine imposante Zukunft aussah, entpuppte sich nach dem zweiten Aderlaß Europas als fauler Kredit. Die Studien, welche die äußeren – vorwiegend diplomatischen und strategischen – Aspekte sowie die vor Ort wirkenden Triebkräfte der Dekolonisation behandeln, sind Legion. Seit der kulturalistischen Wende der Geschichtswissenschaft wurde zudem die Feinmotorik der Dekolonisation, das subtile Wechselspiel zwischen Herrschern und Beherrschten, das feinmaschige Geflecht von Konflikt und Kollaboration, die facettenreichen Prozesse von Aneignung und Distanzierung, im Lichte semiotischer und identitätstheoretischer Ansätze untersucht. Auch die Politikwissenschaft befaßt sich intensiv mit dem Erbe der europäischen Kolonialreiche. Der Graben zwischen der sogenannten Ersten und der Dritten Welt sowie die Problematik »guten Regierens« und »nachhaltiger Entwicklung« verweisen auf die schwer zu übersehenden Defizite der imperialen Ära. Die industrialisierten Nationen der nördlichen Hemisphäre werden daran freilich unmittelbar allenfalls durch Akte des Terrorismus und durch Migrationsbewegungen erinnert.

Die ausgiebige wissenschaftliche Beschäftigung mit Geschichte und fortgesetzter Gegenwart des Imperialismus konnte indes nicht verhindern, daß die innere Dimension der europäischen Ausdehnung nach Übersee ein blinder Fleck der Forschung blieb. Dies trifft nicht zuletzt auf Großbritannien zu. Das Britische Empire, dessen Territorien im Jahr 1945 ein Viertel der Erdoberfläche bedeckten, suchte seinesgleichen und fand es lediglich im Römischen Reich. Bereits dieser Vergleich, der sowohl die Forschungs- als auch die populäre Literatur wie ein roter Faden durchzieht, legt die Vermutung nahe, daß der Abschied vom Imperium – der im wesentlichen bis etwa 1970 abgeschlossen war – ein Fundamentaldatum der britischen Geschichte darstellt.

Das Empire bildete nicht nur das realpolitische Unterpfeiler des britischen Großmachtstatus und mithin des Anspruchs auf einen Platz im Konzert der Hegemonialnationen. Die philosophisch-ideelle Flankie-

rung der überseeischen Expansion bot ferner Gewähr dafür, daß die Nation an der westlichen Peripherie Europas ihr ausgeprägtes geschichtspolitisches Sonderbewußtsein um eine ins Globale gewandte Perspektive erweitern konnte. Die Verpflanzung der Sprache, des Rechts- und Regierungssystems, der sportlichen Präferenzen und vor allem unzähliger Bürgerinnen und Bürger Großbritanniens in alle Regionen der Welt mußte auf die Selbstwahrnehmung der Imperialnation zurückwirken. Und obwohl die wirtschaftshistorische Forschung die Frage nach dem ökonomischen Nutzen des Empire für Großbritannien noch nicht eindeutig beantwortet hat, steht außer Zweifel, daß das Mutterland der Industriellen Revolution gerade im Finanzsektor von der Ausdehnung nach Übersee wichtige Impulse erhielt und seinerseits durch die Etablierung maritimer Handelswege die Vernetzung internationaler Wirtschaftsräume entscheidend beeinflusste. Vor diesem Hintergrund überrascht der kursorische Charakter der Forschung zur inneren Dekolonisation Großbritanniens. Möglicherweise mußte zunächst eine gewisse Schamfrist verstreichen, ehe sich die auf den Status einer europäischen Mittelmacht reduzierte Imperialnation der reflexiven Abwicklung ihres Empire zuwenden konnte. Darüber hinaus begnügte sich die zeitgeschichtliche Forschung meist mit der Bemerkung, daß Großbritannien im Gegensatz zu anderen Kolonisierern einen relativ reibungslosen Abschied vom Imperium vollzog, der im übrigen die innenpolitischen Kreise der Verantwortlichen in London nicht weiter gestört habe. Erst jüngsthin wurden Zweifel an dieser Version der britischen Nachkriegsgeschichte angemeldet, die mit Blick auf den Prozeß der Dekolonisation zu der griffigen Formel eines imperialen Abschieds »ohne Traumata und ohne Tränen«¹ gerann.

Die vorliegende Studie stellt einen Beitrag zu dieser Forschungskontroverse dar. Sie analysiert die innenpolitischen Debatten über die Dekolonisation in den vier Jahrzehnten nach Ende des Zweiten Weltkriegs und richtet ihr Augenmerk dabei vor allem auf die bislang von der Forschung vernachlässigte Resonanz, welche die Dekolonisation in der britischen Presse gefunden hat. Der in älteren Arbeiten vorherrschende Rekurs auf amtliche Dokumente verhinderte angesichts der geltenden Sperrfristen eine Ausdehnung des Untersuchungszeitraums auf die Jahre nach Abschluß der äußeren Dekolonisation um 1970. Die Einbeziehung der Ereignisse bis zum Falklandkrieg 1982 ermöglicht indes eine umfassendere Betrachtung des Nachlebens imperialer Traditionen und Pro-

1 So Morgan, *Britain*, S. 575. – Sämtliche englischsprachigen Zitate wurden möglichst nahe an den Originalformulierungen ins Deutsche übersetzt.

bleme. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, welche Argumentationsmuster und Leitideen sich in den öffentlichen Debatten über den Abschied vom Empire herauskristallisierten, ob diese den Prozeß der Dekolonisation selbst zu beeinflussen vermochten und welchen Stellenwert der Dekolonisationsdiskurs im politischen Schlagabtausch nach 1945 insgesamt besaß. Dazu werden verschiedene Dekolonisationsschritte untersucht, die das breite geographische, strategische und ökonomische Spektrum des Britischen Empire widerspiegeln.

Auf die Diskussion des Forschungsstandes und methodische Vorbemerkungen im zweiten Kapitel folgt ein Abschnitt über die Entwicklung des Empire nach dem Ersten Weltkrieg. Nach 1945 eröffnete die Labour-Regierung unter Premierminister Clement Attlee dann mit dem Rückzug aus Indien im Jahr 1947 den Dekolonisationsprozeß, intensivierte aber gleichzeitig – wie im vierten Kapitel veranschaulicht wird – die Bemühungen um eine stärkere ökonomische Durchdringung der abhängigen Gebiete in Afrika und Asien. Der Spannungsbogen zwischen Empire und Sozialismus, der auch den hastigen Abschied aus Palästina 1948 und den Konflikt um die iranische Ölanlage Abadan 1951 umfaßte, verweist bereits auf die ambivalenten Momente eines vielschichtigen Transformationsprozesses. Dieser setzte sich unter konservativer Ägide ab 1951 fort. Wie im fünften Kapitel verdeutlicht wird, hielten die Londoner Regierungen bis 1959 jedoch im Prinzip daran fest, daß der Abschied vom Imperium nicht nur politisch, sondern auch sozial und ökonomisch sorgfältig vorbereitet sein müsse. Großbritannien schreckte in diesem Jahrzehnt der allmählichen imperialen Metamorphose keineswegs vor militärischen Aktionen zur Wahrung der imperialen Autorität zurück. Doch das anglo-französische Kommandounternehmen von 1956, das der Okkupation des zuvor von Ägypten verstaatlichten Suezkanals diente, brannte den Verantwortlichen in London den beschränkten überseeischen Aktionsradius Großbritanniens ins Bewußtsein. Weit ausgreifenden Föderationsplänen für die britischen Territorien im südlichen Afrika standen zu dieser Zeit immer knappere Ressourcen gegenüber, um die obendrein auch innenpolitische Verteilungskonkurrenzen konkurrierten.

Die Zuspitzung der Lage in Kenia und Njassaland im Frühjahr 1959 führte zu einer beschleunigten Dekolonisation, die mit einer kritischen Selbstbefragung im Jahrzehnt der britischen Introspektion einherging und denen der sechste Abschnitt gewidmet ist. Die Labour-Regierung unter Premierminister Harold Wilson mußte sich seit 1965 mit dem in der britischen Dekolonisationslogik nicht vorgesehenen Fall eines Minderheitsregimes europäischer Siedler auseinandersetzen, das sich beharrlich

weigerte, den Weg für einen geordneten Transfer der Macht an die Bevölkerungsmehrheit Rhodesiens freizugeben. Dieser Konflikt sollte Großbritannien bis ins Jahr 1980 beschäftigen und überschattete den Rückzug von den militärischen Außenposten östlich des Suezkanals. Mit dieser 1968 verkündeten Zäsur blieb dem Vereinigten Königreich nur mehr eine überschaubare Zahl imperialer Relikte, von denen keine nennenswerten Verwicklungen zu drohen schienen.

Die Darstellung tritt dann im siebten Kapitel aus dem Strom der Ereignisse heraus und wendet sich in einem Querschnittskapitel jenen Aspekten des Dekolonisationsprozesses zu, welche die Debatten über den Abschied vom Empire wesentlich geprägt haben, sich in ihrer Wirkung aber auf den gesamten Untersuchungszeitraum erstrecken und deshalb in thematischer Verdichtung analysiert werden. Es handelt sich dabei im einzelnen um die Funktion und den Bedeutungswandel des Commonwealth, die Beziehungen Großbritanniens zu Europa, die britische »Special Relationship« mit den Vereinigten Staaten sowie um die Reaktion der Öffentlichkeit auf die Immigration farbiger Commonwealth-Bürger. Das Repertoire an Argumenten, das diese Kontroversen in der Folgezeit bestimmen sollte, war um 1970 diskursiv erschlossen und legt deshalb eine Zwischenbetrachtung an dieser Stelle nahe.

Der achte Abschnitt untersucht schließlich die Krisendekade Großbritanniens zwischen 1971 und 1982, in der ökonomische und politische Verwerfungen das Land mit bis dahin unbekanntem Problemen konfrontierten. Die Regierungen in London mußten zudem Lösungen für die aus dem imperialen Erbe resultierenden Konflikte auf Zypern 1974, in Rhodesien 1979/80 und um die Falklandinseln 1982 finden. Ein Ausblick auf die Lage des Commonwealth und die postimperiale Nachlese Mitte der achtziger Jahre runden die Untersuchung ab.

2. Forschungsstand und Methode

2.1 Forschungsstand

Der Abschied vom Imperium ist jüngst zum Gegenstand einer kontroversen Diskussion innerhalb der britischen Geschichtswissenschaft avanciert. Jahrzehntlang galt die Dekolonisation als das gelungene Beispiel der ideologiefreien und weitgehend friedlichen Abwicklung eines komplexen, materiell wie ideell tiefverwurzelten Traditionsbestands.¹ Zwar wurden die Schattenseiten dieses im globalen Maßstab vollzogenen Prozesses nicht in Abrede gestellt, doch sie verdunkelten allenfalls den Horizont der in die Unabhängigkeit entlassenen Nationen.² Diese bezahlten ihre neu gewonnene Freiheit oft mit jener fatalen Kombination aus Nepotismus, Armut, ethnischen Spannungen und Bürgerkriegen, die zusammen mit der Blockkonfrontation des Kalten Krieges die 1945 genährte Hoffnung auf ein von Frieden und Fortschritt geprägtes Leben in der »Einen Welt« im Keim erstickte. Großbritannien selbst durfte indes auf eine glatte Trennung von seinem Empire zurückblicken, die keine nostalgische Sehnsucht oder melancholische Orientierungslosigkeit aufkommen ließ.³ Ausländische Beobachter hatten diese Lesart seit jeher mit einigen Fragezeichen versehen⁴, doch nun mehren sich auch in der britischen Geschichtswissenschaft Stimmen, die eine Revision überkommener Interpretamente anmahnen. Der Historiker John MacKenzie war bereits Mitte der achtziger Jahre als Pionier einer kulturalistischen Schule in Erscheinung getreten, welche die Breitenwirkung imperialer Propaganda erforschte. MacKenzie untersuchte sie in der Förderung der Emigration nach Übersee, in verschiedenen mit der Popularisierung des Empireideals befaßten Institutionen sowie in Literatur und Künsten.⁵ Er gelangte zu dem Schluß, daß imperiales Gedankengut bis etwa 1960 einen festen Bestandteil der politischen Kultur Großbritanniens bildete und als solches eben nicht nur eine relativ überschaubare Elite prägte, sondern gerade auch dank seiner sozial integrierenden und patriotisch stimulierenden

1 Vgl. Boyce, *Decolonisation*, S. 270, sowie Martin, *Empire*, S. 562, ferner Robinson/Gallagher, *Africa*, S. XIV f.

2 Vgl. Beloff, *Dream*, S. 371 f.

3 In diesem Tenor noch vor kurzem Butler, *Britain and Empire*, S. 197, ebenso Heinlein, *Decolonisation*, S. 308.

4 Vgl. Bohrer, *Lust*, S. 13.

5 Vgl. MacKenzie, *Propaganda*, S. 2 f. u. 7, sowie ders., *BBC*, S. 186 f.

Funktion einer allgemeinen »nationalen Dünkelhaftigkeit und Selbstgefälligkeit«⁶ Vorschub geleistet habe.

Die Autoren des im Jahr 2001 erschienenen wegweisenden Sammelbands *British culture and the end of empire* folgten diese Spur bis in die Gegenwart hinein. Der Herausgeber Stuart Ward wendet sich in seiner programmatischen Einleitung gegen die »minimal-impact thesis«⁷, deren Vertreter den Abschied vom Imperium als ein Ereignis darstellen, das sich größtenteils im Bereich der hohen Politik abspielte und das gesellschaftliche wie intellektuelle Gefüge unberührt ließ. Der mutmaßlich nahtlose Übergang vom Empire zum Commonwealth und die bei Umfragen in Großbritannien regelmäßig zutage geförderte Unwissenheit über die imperiale Vergangenheit⁸ dürften nicht darüber hinwegtäuschen, daß die politische Klasse erhebliche Anstrengungen unternehmen mußte, um den Prozeß der Dekolonisation dem Parteienstreit und der öffentlichen Aufmerksamkeit zu entrücken. In demselben Band geht MacKenzie soweit, die vermeintliche Gleichgültigkeit der Briten als »ein interessantes Stück rechter Propaganda«⁹ anzuprangern, da es die Konservativen gewesen seien, die während ihrer langen Regierungsperiode zwischen 1951 und 1964 den Abschied vom Imperium wesentlich beschleunigt hatten. Ward wiederum greift den Satireboom um 1960 heraus, um die ambivalente Haltung gegenüber der Dekolonisation zu veranschaulichen. Denn auf den ersten Blick eigneten sich wenige Aspekte des gesellschaftlichen Lebens so vortrefflich für eine ironische Bloßstellung wie der ornamentale Prunk, der selbst die Abwicklung des Empire noch auf Schritt und Tritt begleitete.¹⁰ Ward indes hört aus den sarkastischen Attacken auf das »Establishment«¹¹, mit denen die kulturelle und soziale Liberalisierung der »Sixties«¹² eingeläutet wurde, auch ein Stück weit den Zorn einer Generation heraus, die sich fortan mit den Herausforderungen eines postheroischen Zeitalters begnügen mußte.¹³

6 MacKenzie, *Propaganda*, S. 12.

7 Ward, *Introduction*, S. 5.

8 Vgl. hierzu die Umfrage im *Daily Telegraph*, 26.08.1997, S. 4, sowie Richards, *Heroes*, S. 143.

9 MacKenzie, *Persistence*, S. 23.

10 Vgl. Cannadine, *Ornamentalism*, S. 122.

11 Vgl. Thomas, *Establishment*, S. 15 f.

12 Vgl. Marwick, *Sixties*, S. 144-146 u. 265, sowie Pugh, *State*, S. 297 f.

13 Vgl. Ward, *Satire Boom*, S. 107. – Anderen Autoren des Sammelbands gerät die Wiederlegung der »minimal-impact thesis« unterderhand zu deren Fortschreibung. Siehe hierzu insbesondere May, *Empire*, und Paul, *Communities*. Vgl. auch Green, *Dreams*, S. 338.

Um die Tragweite der inneren Dekolonisation richtig bewerten zu können, genügt es freilich nicht, den Abschied vom Imperium isoliert zu betrachten. Unabhängig davon, ob Historiker der Orthodoxie oder dem Revisionismus¹⁴ zuneigen, eint sie die Klage darüber, daß die Geschichte des Empire quasi als Kuriosum einer Spezialdisziplin anvertraut wird, die ihrerseits nur sporadisch über den eigenen Tellerrand hinausblickt.¹⁵ Da aber die Debatten über die Dekolonisation nicht in einer hermetischen Sphäre stattfanden, sondern auf andere Entwicklungen der britischen Nachkriegsgeschichte Bezug nahmen, müssen im folgenden zwei weitere zeitgeschichtliche Kontroversen zur Sprache kommen: die Frage nach dem Konsenscharakter der britischen Politik nach 1945 und die Problematik des Niedergangs, den zahlreiche Beobachter mit dem industriellen und geostrategischen Schrumpfungsprozeß assoziieren, den das Vereinigte Königreich im 20. Jahrhundert durchlief.

Die klassische Formulierung der Konsensthese stammt von Paul Addison. Ihm zufolge verdampften alte ideologische Gegensätze im Schmelztiegel des Zweiten Weltkriegs und gaben den Weg frei für einen neuen politischen Konsens, der die Regierungswechsel bis 1979 nie zu einer dramatischen Richtungsentscheidung werden ließ. Neben einer von der sowjetischen Entwicklung der dreißiger Jahre inspirierten und von den erfolgreichen Kriegsanstrengungen nach 1939 befeuerten Planungseuphorie spielte die »Ära von Dünkirchen«¹⁶ eine Hauptrolle bei der Etablierung des Wohlfahrtsstaats. Die Labour-Partei nutzte das nationale Hochgefühl nach dem Sieg über die deutsche Luftwaffe in der »Battle of Britain«, um den Konservativen einen »patriotischen Kompromiß«¹⁷ abzurufen. Er sah vor, im Gegenzug für die Kriegsanstrengungen der Arbeiterschaft die zum Teil erst durch die Bombenschäden enthüllte Armut

14 Die Gegenüberstellung von »orthodoxer« und »revisionistischer« Schule entspricht der in historiographischen Debatten Großbritanniens gebräuchlichen Begrifflichkeit.

15 Prononciert dazu Marks, *History*, S. 112, sowie Hopkins, *Back*, S. 207. Siehe ferner Armitage, *Origins*, S. 3.

16 Addison, *Road*, S. 104, vgl. auch S. 18 u. 35-39. Siehe außerdem Fox, *National Health Service*, S. 33. – Der Begriff Dünkirchen ist in der historisch-politischen Semantik Großbritanniens doppelt konnotiert. Einerseits beschreibt er ein katastrophisches Ereignis wie die vom Vormarsch der Wehrmacht 1940 erzwungene Flucht des britischen Expeditionskorps über den Ärmelkanal. Andererseits spielt er auf die enorme Leistung an, die damit verbunden war, das eigene Heer fast ohne Verluste vor dem anrückenden Feind in Sicherheit zu bringen.

17 Addison, *Road*, S. 277.

und Klassenspaltung mit Nachdruck zu bekämpfen und nicht mehr allein auf die Selbstheilungskräfte des Marktes zu hoffen. Der Beveridge-Plan von 1942, eine Art Geburtsurkunde des Konsenses, sprach sich für Vollbeschäftigung und die Einrichtung eines steuerfinanzierten Nationalen Gesundheitsdienstes (NHS) aus.¹⁸ Obwohl viele Konservative einer Ausdehnung der Staatstätigkeit, vor allem den von Labour nach 1945 vorgenommenen Verstaatlichungen, weiterhin mit Skepsis begegneten, riß die Regierung Churchill (1951-1955) das Ruder nicht radikal herum. Vielmehr hielt sie an einer expansiven Fiskalpolitik fest, wenngleich sie unter dem Slogan der »Demokratie der Hausbesitzer« und mit der Abschaffung kriegsbedingter Rationierungsmaßnahmen stärker individualistische Akzente setzte.¹⁹ Der *Economist* kreierte zur Veranschaulichung dieser Kontinuität in der Wirtschafts- und Fiskalpolitik 1954 die Figur des »Mr. Butskell«²⁰. Dieser lege stets sein Veto ein, falls entweder die Tories zu vehement imperiale Schutzzölle und eine erhöhte Arbeitslosigkeit zur Disziplinierung der Gewerkschaften forderten oder die Labour-Partei der ökonomischen Verantwortungslosigkeit die Zügel schießen ließ. Mahnend gab der *Economist* zu bedenken, daß Mr. Butskell seine Feuerprobe noch nicht bestanden habe, da Großbritannien im Windschatten des Koreabooms seine strukturellen Schwächen ignorieren konnte, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen zu werden.²¹

Nachdem die erste Regierung Wilson (1964-1970) die selbstgesteckten Modernisierungsziele nicht zuletzt aufgrund innerparteilicher Querelen verfehlte²², wollte der neue Tory-Premierminister Edward Heath (1970-1974) eine Abkehr von Staatsinterventionen durchsetzen und den zusehends radikalisierten Gewerkschaften ein Korsett anlegen. Aber auch dies mißlang, als der drohende Kollaps des Traditionsunternehmens Rolls Royce und der in einer strukturschwachen Region angesiedelten Glasgower Werft Upper Clyde Shipbuilders Heath zum Einlenken, das heißt zur Verstaatlichung beziehungsweise zu massiven Hilfszahlungen zwang.²³ Hinzu kam, daß die Ölpreisexplosion nach dem Jom-Kippur-

18 Vgl. Pugh, *State*, S. 273 f. – Der liberale Politiker William Beveridge, langjähriger Direktor der London School of Economics, war der Autor des nach ihm benannten Reformplans.

19 Jahresangaben in Klammern beziehen sich auf Amts- bzw. Regierungszeiten.

20 Nach dem Labour-Schatzkanzler Hugh Gaitskell und seinem konservativen Nachfolger Richard Butler.

21 Vgl. *Economist*, 13.02.1954, S. 439-441, ferner Morgan, *Britain*, S. 118 f.

22 Vgl. hierzu Ponting, *Breach*, S. 184-202.

23 Vgl. Kavanagh, *Heath Government*, S. 225 f.

Krieg von 1973 die Stellung der Bergarbeiter stärkte, die mit exorbitanten Lohnforderungen die ohnehin bedrohliche Inflation weiter anzuheizen drohten. Schließlich hintertrieben die Gewerkschaften erfolgreich die Anwendung eines neuen Gesetzes, mit dem Heath Arbeitskämpfen einen Deeskalationsmechanismus vorschalten wollte. Neuwahlen sollten 1974 eine Entscheidung darüber herbeiführen, wer das Land eigentlich regiere. Labour siegte mit einer hauchdünnen Mehrheit, was weitreichende Konsequenzen für die programmatische Ausrichtung der Tories und damit für die Zukunft der Konsenspolitik hatte.²⁴ Denn obgleich sich die Regierung Callaghan (1976-1979)²⁵ vom Keynesianismus verabschiedete und die Wende hin zu einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik erste Früchte trug, unterminierte eine Streikwelle im »Winter des Mißvergnügens« 1978/79 die Konsolidierungsbemühungen. Den Tories gelang es, Callaghan im März 1979 durch ein Mißtrauensvotum zu stürzen.²⁶

Damit wurde der letzte Labour-Premier vor Tony Blair gewissermaßen auf der Zielgeraden abgefangen, denn trotz der Radikalisierung des linken Parteiflügels behielten in der Regierung Callaghan Pragmatiker die Oberhand, was wesentlich zur allmählichen Genesung des »kranken Mannes Europas« beitrug. Dennoch kaprizierte sich die neue konservative Regierung unter Margaret Thatcher (1979-1990) darauf, dem Nachkriegskonsens in der Wirtschafts- und Sozialpolitik den Garaus zu bereiten. Am Beginn ihrer Regierungszeit nahm Thatcher Inflationsraten von über 20 Prozent, mehr als zwei Millionen Arbeitslose und einen großflächigen industriellen Kahlschlag in Kauf, um das fiskalische Koordinatensystem des Landes neu zu justieren. Es folgten umfangreiche Privatisierungen, die Beschneidung von Gewerkschaftsrechten sowie die Entfesselung einer expansiven Dynamik am Finanzplatz London, der fortan wieder mit New York und Tokio zu konkurrieren vermochte.²⁷ Die aggressive Rhetorik Thatchers, die sich nicht zuletzt gegen die »Kompromißler« in der eigenen Partei richtete,²⁸ tat ein übriges, um innerhalb der britischen Geschichtswissenschaft Zweifel an der Konsensthese wachzurufen. Nicht nur, daß sie für die Zeit seit 1979 nicht mehr aufrechterhalten werden konnte; möglicherweise hatte sie die wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklung seit dem Zweiten Weltkrieg insgesamt unzureichend erfaßt.

24 Vgl. Geppert, *Revolution*, S. 154-164.

25 Zuvor war Harold Wilson nochmals zwei Jahre Premierminister gewesen.

26 Vgl. Geppert, *Revolution*, S. 408.

27 Vgl. Morgan, *Britain*, S. 446 f., sowie Lee, *Victory*, S. 120.

28 Vgl. hierzu Geppert, *Revolution*, S. 420.

Gegen die ursprünglich von Addison formulierte Konsensthese wurden seit Mitte der achtziger Jahre drei Bedenken erhoben. Erstens versuchten Historiker mit Hilfe von Mikrostudien nachzuweisen, daß die programmatischen Verlautbarungen von Labour und Tories bereits vor der Ära Thatcher an entgegengesetzten Polen des ideologischen Spektrums angesiedelt waren. So machte die Regierung Churchill zu Beginn der fünfziger Jahre ernst mit der Ankündigung, einige von Labour verstaatlichte Industriezweige, wie den Eisen- und Stahlsektor, zu privatisieren. Auch vertraute sie beim Wohnungsbau stärker als Labour auf die Kräfte des Marktes und konnte damit ein wichtiges Wahlversprechen von 1951 erfüllen.²⁹ Zweitens sei der Konsens nach 1979 nicht einfach gebrochen worden. Vielmehr habe die Regierung Thatcher aufgrund der schwerwiegenden sozialen Konsequenzen ihrer radikalen Politik ironischerweise die Staatsausgaben für Arbeitslosigkeit, aber auch für den vielgescholtenen Nationalen Gesundheitsdienst massiv erhöhen müssen.³⁰ Zudem zentralisierte die konservative Regierung Lehrpläne, schaffte den Stadtrat von Großlondon ab und verstieß mithin gegen das von ihr propagierte Subsidiaritätsprinzip.³¹ So sehr beide Argumente Schwachpunkte der Konsensthese treffen, sowenig können sie diese vollends widerlegen, denn wie der Idealtypus lebt auch die These von der Zuspitzung einiger markanter Entwicklungen, während andere, weniger folgenschwere außen vor bleiben.

Es ist deshalb das dritte Bündel von Argumenten, das die konstruktivste Kritik an der Konsensthese enthält. Dabei geht es weniger um konkrete Politikinhalt, welche die Konsensthese in Frage stellen, als um das voluntaristische Moment, das dem Konsens als ein von den Verantwortlichen vermeintlich bewußt inthronisiertes Politikmodell innewohnt. Hiergegen wenden sich Historiker, die in der normativen Kraft des Faktischen die eigentliche Triebfeder des Konsenses sehen. Zum einen habe das Wirtschaftswachstum der fünfziger Jahre eine expansive Haushaltspolitik ermöglicht, die den Ausbau des Wohlfahrtsstaats beschleunigte und Wahlsiege erleichterte.³² Zum anderen habe es der Konsens gestattet, unangenehme Wahrheiten auszublenden, strukturelle Schwächen zu übertünchen und so notwendige, in Großbritannien seit Beginn der fünfziger Jahre angemahnte Reformschritte in der vagen Hoffnung

29 Vgl. Kandiah, *Leaders*, S. 71.

30 Vgl. Harrison, *Rise*, S. 312, sowie Vincent, *Thatcher*, S. 291 f.

31 Vgl. Lowe, *Welfare State*, S. 324, sowie Pugh, *State*, S. 359 f.

32 Vgl. Dutton, *Politics*, S. 85. Zur Problematik der Wahlgeschenke vgl. Lamb, *Macmillan*, S. 56 f.

aufzuschieben, eine neue Regierung werde sich der ungelösten Probleme annehmen.³³ Schließlich schien die geostrategische Konstellation nach 1945 einen Konsens auf dem Gebiet der Außen- und Verteidigungspolitik nahezu legen. Vor allem der Prozeß der Dekolonisation galt lange als eine dem Parteienstreit ferne Entwicklung, was jedoch von den Kritikern der Konsensthese ebenfalls in Zweifel gezogen wird.³⁴ Hier kommt es freilich zunächst auf etwas anderes an, da die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Abschied vom Imperium den Kern dieser Studie bildet. Wichtig ist die Feststellung, daß äußere Umstände, auf die London nicht immer Einfluß hatte, der britischen Politik eine Folgerichtigkeit aufprägten, die retrospektiv als Konsens zwischen den einzelnen Lagern erschien.

Dieser Sachverhalt schlägt den Bogen zur zweiten historiographischen Kontroverse, welche die britische Geschichtswissenschaft seit gut 20 Jahren beschäftigt und weit über die Grenzen einer Fachdisziplin hinaus für Gesprächsstoff sorgt. Die »morbide Faszination«³⁵, die vom Niedergang Großbritanniens ausgeht, kann sich allenfalls an dem »großen forensischen Interesse« messen, das die »Autopsie des Empire«³⁶ bis heute hervorruft. Zwei Vergleichsdaten mögen die beiden zentralen Aspekte des Niedergangs illustrieren: Betrug der Anteil Großbritanniens am weltweiten Export von Industrieprodukten 1950 noch gut 25 Prozent, so sank er bis 1975 auf knapp zehn Prozent; und während sämtliche Territorien, die am Ende des Zweiten Weltkriegs zum Britischen Empire gehörten, rund ein Viertel der Erdoberfläche ausmachten, so blieben – von Hongkong und Rhodesien abgesehen – zu Beginn der siebziger Jahre nur noch einige versprengte Inseln und Kleinterritorien übrig.³⁷ Der »am meisten analysierte Niedergang der neueren Geschichte«³⁸ wurde zunächst Anfang der sechziger Jahre zum Gegenstand kontroverser Debatten, als sich abzeichnete, daß die ökonomische Entwicklung Großbritanniens derjenigen anderer westlicher Industrienationen immer signifikanter hinterherhinkte. Dies steht auf den ersten Blick in krassem Widerspruch zu der von Premierminister Macmillan 1957 geprägten Formulierung, daß »es den meisten von uns noch nie so gut gegangen ist.«³⁹

33 Zur Problematik der Verteilungskonkordien vgl. Olson, Aufstieg, S. 103.

34 Vgl. Owen, Decolonisation, S. 176 f.

35 Weight, Patriots, S. 302.

36 Keay, Post, S. 6.

37 Vgl. Weight, Patriots, S. 302 u. 307.

38 Gamble, Britain, S. XXI.

39 Die »Never had it so good«-Rede in Macmillan, Riding, S. 350 f. Vgl. ferner Barnes, Eden, S. 137.

Trotz der offenkundigen Zufriedenheit einer Mehrheit der Briten mit der sozialen Entwicklung seit dem Krieg machte sich in den folgenden Jahren eine allgemeine Krisenstimmung breit. Dies hing zum einen mit der Beobachtung zusammen, daß die britische Wirtschaft seit 1945 mit einer gewissen Regelmäßigkeit von Zahlungsbilanzdefiziten, Wechselkursstürbungen und konjunkturellen Schwankungen heimgesucht wurde, auf die die Politik scheinbar keine Antwort fand.⁴⁰ Vielmehr trug sie erheblich zu diesen Verwerfungen bei, indem sie die prekäre Balance der volkswirtschaftlichen Richtgrößen Arbeitslosigkeit, Inflation und Wachstum immer wieder durch politisch motivierte Manöver störte und damit neue »Stop-go«-Zyklen verursachte.⁴¹ Zum anderen hatte um 1950 eine »statistische Revolution«⁴² stattgefunden, die den politisch Verantwortlichen und Wissenschaftlern die Möglichkeit eröffnete, diachrone wie synchrone Vergleiche anzustellen. Insbesondere mit Blick auf jene Statistiken, die Daten über Produktivitätsfortschritte und den Anteil am Welthandel aufbereiteten, schnitt Großbritannien seit etwa Mitte der fünfziger Jahre schlechter ab als seine Konkurrenten Amerika, Frankreich, Japan und Westdeutschland.⁴³ Diese Statistiken verfehlten ihre Wirkung nicht. Standen bis zu den Wahlen 1959 die Erhöhung des Lebensstandards und die Steigerung der Produktivität im Mittelpunkt der wirtschafts- und sozialpolitischen Debatten, so gelang es der Labour-Partei und dem Verband der britischen Industrie, der Regierung Macmillan (1957-1963) den nun um sich greifenden »declinism«⁴⁴ diskursiv als größte politische Herausforderung aufzuzwingen. Da aber auch die Regierung Wilson nach 1964 damit scheiterte, eine Trendwende herbeizuführen, geriet das Land in die tiefste Krise der Nachkriegsgeschichte.⁴⁵

Die »britische Krankheit« und die drohende »Unregierbarkeit« riefen seit den frühen siebziger Jahren zahlreiche Autoren auf den Plan, die den nun selbst für statistische Agnostiker mit Händen greifbaren Niedergang aus einem weiteren Blickwinkel erklären wollten. Dabei kristallisierten sich vier Interpretamente heraus, denen in der akademischen und öf-

40 Zur Chronologie der Konjunkturzyklen siehe Kirby, Record, S. 20-25.

41 Vgl. Morgan, Britain, S. 123. Siehe ferner Cairncross, Economic policy, S. 53-59.

42 Tomlinson, Inventing, S. 735.

43 Vgl. die Statistiken in Lee, Victory, S. 64 f. u. 153, sowie in Crafts, Growth, S. 82-86 u. 92.

44 Vgl. Tomlinson, Inventing, S. 747.

45 Vgl. Walker, Wilson, S. 188 u. 196. Anders hingegen Hobsbawm, Industry, S. 276.

fentlichen Diskussion besondere Aufmerksamkeit zuteil wurde. Martin Wiener diagnostizierte in seiner kulturalistischen Studie *English Culture and the Decline of the Industrial Spirit* eine »psychologische Deindustrialisierung«⁴⁶, die Großbritannien lange vor der Malaise der siebziger Jahre für das Niedergangspotential eines verschärften weltweiten Wettbewerbs anfällig gemacht habe. Die Ursprungsnation der Industrialisierung pflegte danach bis weit ins 20. Jahrhundert hinein den Kult des jegliche Spezialisierung verabscheuenden Amateurs, dem es darauf ankam, den gesellschaftlichen Kommet zu beherrschen und bei kommerziellem Erfolg den Lebensstil des britischen Landadels nachzuahmen. Wieners Erklärung für die mangelnde britische Innovationskraft und Risikofreude angesichts eines immer härter umkämpften Weltmarkts ist nicht unwidersprochen geblieben, zumal der von ihm selbst monierte ökonomische Reduktionismus bei ihm lediglich kulturalistisch gewendet erscheint.⁴⁷ Dennoch deckt sich Wieners Interpretation mit der konkreten Krisendiagnose der sechziger Jahre darin, daß die gerade im Vergleich zum deutschen Ingenieurwesen mangelhafte technische Kompetenz der britischen Forschungsabteilungen zu Reformen anspornte.⁴⁸

Ein zweiter Deutungsversuch hebt auf die Eigenart der britischen Wirtschaftsstruktur ab, die bis heute von einem global vernetzten Finanzsektor dominiert wird. Der britische »Gentleman-Kapitalismus«⁴⁹ richtete demnach sein Hauptaugenmerk auf die Stabilität und Verfügbarkeit des Pfund Sterling für internationale Finanztransaktionen. Das Nachsehen hatte die heimische Industrie, da sie für die Londoner »City« häufig nur als Spekulationsobjekt, nicht aber als Empfänger von Innovationsinvestitionen fungierte. Folglich konnte sie nicht mit der Entwicklung in Westeuropa Schritt halten, wo langfristiger geplant wurde, zumal in Deutschland, wo Universalbanken bis in jüngste Zeit dank umfangreicher Beteiligungen eng mit der Industrie verflochten waren. Eric Hobsbawm spitzte dieses Argument noch zu, indem er der britischen Wirtschaft parasitäres Gebaren vorwarf. Sie habe sich zu lange auf ihre kolonial abgestützte Präponderanz verlassen und darüber den technologischen und kommerziellen Fortschritt ignoriert, der es anderen Nationen ermöglichte, allmählich zu Großbritannien aufzuschließen.⁵⁰

46 Wiener, *Culture*, S. 157.

47 Vgl. Rubinstein, *Capitalism*, S. 24.

48 Vgl. Weight, *Patriots*, S. 301.

49 Vgl. zu diesem vielbeachteten Konzept Cain/Hopkins, *Imperialism*, S. 265-269.

50 Vgl. Hobsbawm, *Industry*, S. 161. Siehe ferner Cain, *Worth*, S. 365.

Das dritte Interpretament stammt aus der Feder Correlli Barnetts. Er bündelte die hier skizzierten Erklärungsansätze zu einer furiosen Verfallsgeschichte, die streckenweise Gibbonsches Format besitzt. Barnett macht die »Evangelisten« des Wohlfahrtsstaats und imperiale Träumereien für die wirtschaftliche Rückständigkeit Großbritanniens nach dem Zweiten Weltkrieg verantwortlich. Anstatt die Herausforderung der ökonomisch rasch genesenen Kriegsverlierer zu akzeptieren, habe eine liberale Elite 1945 dem »imperialen Mythos«⁵¹ neuen Lebensatem eingehaucht und die Rezepte des jungen Wohlfahrtsstaats auf die Kolonien anzuwenden versucht. Die Rolle des Pfund Sterling als imperiale Währung mußte teuer bezahlt werden, da etwaige britische Handelsüberschüsse vorwiegend als Liquiditätsreserve für das Empire gedient hätten, nicht hingegen der Verbesserung der heimischen Infrastruktur.⁵² Die »stille Revolution der Vergleichsstandards«⁵³, die Paul Addison am Beginn der wohlfahrtsstaatlichen Expansion sah, verband sich also in den Augen Barnetts mit einer imperialen Überdehnung, welche die britische Volkswirtschaft unerbittlich auszehrte.

Mancur Olson nähert sich mit seiner Interpretation dem britischen Niedergang ebenfalls aus vergleichender Perspektive. Seines Erachtens litt die britische Wirtschaft an einer »institutionellen Sklerose«⁵⁴, die von den über Jahrzehnte hinweg stabilen gesellschaftlichen Verhältnissen herührte. In Großbritannien konnten sich Arbeitgeber, Gewerkschaften, aber auch Selbständige frühzeitig in von der Koalitionsfreiheit geschützten Interessenverbänden zusammenschließen. Diese hätten sich in den fünfziger Jahren durch eine ebenso große Homogenität wie Inflexibilität ausgezeichnet.⁵⁵ Der Einfluß der Gewerkschaften, der sich insbesondere beim Ende der Regierungen Wilson, Heath und Callaghan manifestierte, erschöpfte sich dabei nicht in der Drohung, durch Streiks das öffentliche Leben lahmzulegen. Hinzu kam, daß die dezentrale Struktur von Tarifverhandlungen sowie restriktive Arbeitspraktiken die Möglichkeit der Betriebe, rasch auf technologischen Wandel zu reagieren, erheblich einschränkten.⁵⁶ Der britische Korporatismus spiegelte demnach in den siebziger Jahren den historischen Ballast der ersten industriellen Nation

51 Die Zitate in Barnett, *Victory*, S. XXI u. 18.

52 Vgl. ebd., S. 113.

53 Addison, *Road*, S. 131.

54 Olson, *Aufstieg*, S. 103.

55 Vgl. ebd., S. 117 f.

56 Vgl. Kavanagh/Morris, *Consensus Politics*, S. 65, sowie Kirby, *Record*, S. 27.

wider, die sich zu lange auf ihren Lorbeeren ausgeruht hatte, während die einstmals verspäteten Nationen an ihr vorbeizogen.

Die zweite Achse, um die sich die Niedergangskontroverse dreht, der Abschied vom Empire, ist der Hauptgegenstand dieser Studie und wird deshalb in den zentralen Kapiteln analysiert. Die historiographischen Kontroversen über das Ende des Empire und dessen Konsequenzen für Großbritannien sowie über die Frage nach dem Konsenscharakter der britischen Nachkriegspolitik und dem vermeintlichen Niedergang des Landes bilden den Bezugsrahmen für die folgende Untersuchung. Er soll die Debatten über den Abschied vom Imperium in einen weiteren Kontext einordnen helfen und damit die Isolation der Empireforschung durchbrechen. Erst die Engführung auf andere Entwicklungsstränge der britischen Geschichte seit 1945 ermöglicht es, den Stellenwert des Abschiedsdiskurses für Politik und Gesellschaft zu ermitteln.

2.2 Methodische Vorbemerkungen

Die Geschichte des Britischen Empire in all seinen Stadien erfreut sich bis heute großer Aufmerksamkeit. Der Strom wissenschaftlicher wie populärer Publikationen dazu reißt nicht ab. Gleichwohl wird bis in jüngste Zeit hinein das Fehlen von Untersuchungen zu den Bereichen Presse und öffentliche Meinung beklagt. Gerade der Abschied vom Imperium stellt in dieser Hinsicht einen blinden Fleck dar.¹ Selbst die in den letzten Jahren erschienene »Oxford History of the British Empire«², die sich dank hochkarätiger Autoren und thematischer Vielfalt bereits als Standardwerk etablieren konnte, schweigt sich zu den öffentlichen Diskussionen über das Ende des Empire weitgehend aus.³ Die vorliegende Studie soll einen Beitrag leisten, diese Forschungslücke zu schließen. Dazu wurden die auflagenstärksten, landesweit erscheinenden Tages- und Wochenzeitungen sowie die intellektuellenmagazine *New Statesman* und *Spectator* analysiert.⁴ Diese Auswahl deckt das parteipolitische und ideologische Spektrum Großbritanniens ab und umfaßt Qualitätsblätter (»broadsheets«) ebenso wie Boulevardzeitungen (»tabloids«), wobei der Übergang zwischen beiden Kategorien zum Teil fließend ist.⁵ Der traditionell auf das »goldene Dreieck«⁶ London, Oxford und Cambridge konzentrierte politische Willensbildungsprozeß sowie der Niedergang der Provinzpresse seit dem Zweiten Weltkrieg legen diese Schwerpunktsetzung nahe. Untersucht wurde die Berichterstattung und Kommentierung zentraler Etappen auf dem Weg Großbritanniens zur postimperialen Nation

1 Vgl. beispielsweise Darwin, *End of the British Empire*, S. 12, sowie Howe, *Anti-colonialism*, S. 313.

2 Wm. Roger Louis (editor-in-chief), *The Oxford History of the British Empire*, 5 Bände, Oxford 1998-99.

3 Vgl. Porter, *Adventure*, S. 5.

4 Im einzelnen handelt es sich um die Tageszeitungen *The Times*, *The Daily Telegraph* (bis zum 20.10.1969 mit dem Zusatz *and Morning Post*), *The Manchester Guardian* (ab 24.08.1959 *The Guardian*), *Daily Express*, *The Daily Mail*, *Daily Herald* (ab 15.09.1964 *The Sun*), *Daily Mirror* und die wöchentlich erscheinenden *The Economist*, *The Listener* (BBC-Magazin), *The Sunday Times*, *The Observer*, *The Sunday Telegraph*, *The Tribune*. Der wie *The Spectator* ebenfalls wöchentlich publizierte *New Statesman* erschien bis zum 29.06.1957 mit dem Zusatz *and Nation*. Erscheinungsort ist – außer für den *Manchester Guardian* – jeweils London. Zu Besitzern und zur Auflage der Blätter vgl. Seymour-Ure, *British Press*, S. 28-30.

5 Vgl. Seymour-Ure, *British Press*, S. 32.

6 Weight, *Patriots*, S. 173.

zwischen 1945 und dem Falklandkrieg 1982. Einige allgemeine Bemerkungen zum Charakter und Stellenwert der britischen Presse sollen die Relevanz dieser Quellengattung veranschaulichen.

Medienstudien konnten die Erkenntnis zutage fördern, daß Zeitungen und Zeitschriften trotz des Siegeszuges von Radio und Fernsehen nichts von ihrem Einfluß verloren haben.⁷ Sie bestimmen, welche Ereignisse auf die politische Agenda gelangen und wie sie zu bewerten sind.⁸ Hinzu kommt, daß britische Pressebarone den Besitz einer Zeitung häufig dazu nutzten, eine politische Karriere zu lancieren oder zumindest ihrem Blatt den Status einer Quasipartei zu sichern.⁹ Die Berichterstattung über den Abschied vom Imperium beinhaltet demnach zweierlei: Sie spiegelt die in anderen Institutionen geführten Diskussionen wider und stellt selbst einen Beitrag zu den einschlägigen Debatten dar.

Während der Hochphase der Dekolonisation, zwischen 1945 und etwa 1970, bestürmte die Presse den »politischen Massenmarkt« (Hans Rosenberg) allerdings nicht mit aggressivem Kampagnenjournalismus, wie er im Großbritannien der achtziger Jahre wieder salonfähig wurde. So vertraute der Labour-Politiker Richard Crossman 1952 seinem Tagebuch an, daß politische Einflußnahme primär durch das Erziehen der öffentlichen Meinung erfolge.¹⁰ Möglicherweise deshalb konnte Iain Macleod, in dessen Zeit als Kolonialminister (1959-1961) einige der strittigsten Entscheidungen auf diesem Gebiet fielen, rückblickend die konstruktive Einstellung der Presse gegenüber komplexen Dekolonisationsschritten würdigen.¹¹

Neben den Zeitungen, Zeitschriften und der zeitgenössischen Publizistik wurden als weitere Quellen Parlamentsprotokolle, Regierungsdokumente sowie interne Berichte und öffentliche Verlautbarungen der Konservativen und der Labour-Partei benutzt. In den vergangenen Jahren erschienen umfangreiche Aktenbände zum Prozeß der Dekolonisation.¹² Darüber hinaus wurden aber auch nicht publizierte Bestände aus

7 Vgl. Seymour-Ure, *British Press*, S. 43, ferner Cannadine, *Decline*, S. 327.

8 Vgl. Seymour-Ure, *Media*, S. 32. Siehe ferner McLachlan, *Press*, S. 163 f.

9 Vgl. Butler/Stokes, *Change*, S. 418 f., Seymour-Ure, *Press*, S. 304 u. 308, sowie ders., *British Press*, S. 34.

10 Vgl. den Tagebucheintrag Richard Crossmans vom 20.05.1952, in: Morgan (ed.), *Diaries*, S. 106.

11 Vgl. Fisher, Macleod, S. 195.

12 Hyam (ed.), *End of Empire*; Goldsworthy (ed.), *End of Empire*; Hyam/Louis (ed.), *End of Empire*.

dem Public Record Office in Kew gesichtet. Diese unterliegen ebenso wie Parteiinterna einer dreißigjährigen Sperrfrist, stehen der Forschung folglich nur bis Anfang der siebziger Jahre zur Verfügung. Dasselbe gilt schließlich für Material aus dem BBC-Archiv in Caversham. Die repräsentative Breite der Quellen soll zum einen möglichst viele Facetten der Dekolonisationsdebatten ans Tageslicht bringen, indem sie verschiedene Protagonisten zu Wort kommen läßt: Journalisten, Publizisten, Politiker, Bürokraten. Zum anderen gewährleistet die Einbeziehung verschiedener Quellentypen die Reflexion über die Relevanz der hier untersuchten Debatten. Zwar geht es nicht um die Frage, weshalb das Britische Empire nach 1945 – in seiner alten Form – verschwand, sondern um die diskursive Begleitung dieses Prozesses. Dennoch unterliegt auch die öffentliche Meinung als »imaginäres Konstrukt«¹³ bestimmten Konstruktionsregeln, die sich in einer pluralistischen Gesellschaft aus dem Zusammenspiel verschiedener Akteure und Diskutanten ergeben.

Im übrigen vermutet die Forschung, daß die öffentliche Wahrnehmung der Dekolonisation stark von offizieller Seite her inspiriert wurde und daß Politik wie Ministerialbürokratie angesichts der Fülle kolonialer Herausforderungen häufig Zuflucht in Formen rhetorischer »Problemlösung« suchten.¹⁴ Deshalb bietet die Rückbindung publizistischer Debatten an den bürokratischen Entscheidungs- und politischen Willensbildungsprozeß die Möglichkeit, den Abschied vom Imperium nicht nur diskursiv zu verorten, sondern ihn gleichzeitig als integralen Bestandteil der politischen Kultur Großbritanniens zu analysieren. Die vorliegende Studie konzentriert sich dabei auf die »politische Deutungskultur«¹⁵ und mithin in erster Linie auf eine Debatte gesellschaftlicher Führungsgruppen des »goldenen Dreiecks« London, Oxford, Cambridge. Dies rührt nicht nur daher, daß Elitendiskurse die öffentlichen Debatten häufig zu strukturieren verstehen, selbst wenn einzelne Elemente der Auseinandersetzung von anderen gesellschaftlichen Gruppierungen stammen.¹⁶ Vielmehr gebieten der lange Untersuchungszeitraum und der facettenreiche Untersuchungsgegenstand die Konzentration auf eine klar operationalisierbare Quellengattung. Andererseits konnte der diskursive Abschied vom Empire, der nicht von ungefähr als eines der »außerordentlichsten

13 Darwin, *End of the British Empire*, S. 24. Siehe auch Hall et al., *Policing*, S. 136.

14 Vgl. James, *Rise*, S. 589, sowie Stockwell, *Ending*, S. 10.

15 Rohe, *Kultur*, S. 340.

16 Vgl. hierzu Müller, *Introduction*, S. 27, ferner Roberts, *History*, S. 29.

Ereignisse«¹⁷ der Nachkriegsgeschichte apostrophiert wurde, kaum im Elfenbeinturm allein stattfinden. Er verlangte permanent politische Entscheidungen, die in demokratischen Gemeinwesen von Stimmen und Stimmungen verschiedener Provenienz abhängen. Diese Studie versteht sich deshalb als Beitrag zu einer »intellectual history«, die nicht von vornherein den Primat eines bestimmten Lebensbereichs postuliert, sondern die Relevanz von Debatten und publizistischen Kontroversen stets an der konkreten Entwicklung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Zusammenhänge überprüft.¹⁸

17 White, *Experience*, S. 1.

18 Vgl. Collini, *Introduction*, S. 2 u. 14.

3. Empire und Commonwealth 1918-1945

Seit dem Ausgreifen englischer Freibeuter und Eroberer nach Übersee im 16. Jahrhundert hinterließ die territoriale Expansion vielerlei Spuren. Sie veränderte nicht nur das Leben in den unterworfenen Gebieten, sondern wirkte auch auf das Selbstverständnis der Kolonisierer zurück. Daher spiegelten sich imperiale Projekte seit frühester Zeit in Debatten wider, die der innerbritischen Auseinandersetzung darüber dienten, weshalb die Nation am Rande Europas ihr Schicksal mit den Wechselfällen maritimer Unternehmungen verknüpfte. Hinzu kam, daß das Empire als *global player* das internationale Staatensystem nachhaltig prägte. Dieses geriet in der Hochphase des europäischen Imperialismus, an der Wende zum 20. Jahrhundert, unter steigenden Druck, der sich schließlich in der geistigen Mobilmachung und den Materialschlachten des Ersten Weltkriegs entlud. Auch das Britische Empire mußte sich in der Zwischenkriegszeit geopolitisch und legitimatorisch neu orientieren.

3.1 Empirekonzepte und Wirklichkeit nach 1918

Am Ende des Ersten Weltkriegs befand sich das Britische Empire im Zenit seiner Macht. Dank der Siege auf den Schlachtfeldern des Mittleren Ostens und Afrikas konnte es sich neue Territorien einverleiben. Während andernorts Sultane, Kaiser und Zaren von ihren Thronen steigen mußten, repräsentierte König Georg V. (1910-1936) ein siegreiches Imperium, das sich gerade in einer beispiellosen militärischen Konfrontation mit Bravour geschlagen hatte.¹ Dennoch geistert durch die Debatten über die Dekolonisation nach 1945 beharrlich der Vorwurf, das Empire sei in der Zwischenkriegszeit verspielt worden.² In einem Gespräch mit der BBC brachte der Labour-Politiker John Strachey diesen scheinbaren Widerspruch auf den Punkt: »Man kann gut argumentieren, daß sich der Imperialismus ausgerechnet in seiner letzten, eher dem Zufall geschuldeten Phase bezahlt machte, als die Menschen allmählich aufhörten, an ihn zu glauben. Und es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, daß uns ganz am Ende die profitabelsten Landstriche zufielen.«³ Um die verschiede-

1 Vgl. Lloyd, *British Empire*, S. 279-281, und Hobsbawm, *Zeitalter*, S. 268.

2 Vgl. exemplarisch Griffiths, *Empire*, S. 11.

3 In *Place of Empire*, BBC Third Programme, 18.01.1960, S. 6, BBC Written Archives Centre (fortan zitiert als BBC), Mikrofilm T 24.

nen Dimensionen dieser offenbar ambivalenten Entwicklung auszu-leuchten, werden im folgenden fünf zentrale Aspekte der britischen Imperialgeschichte zwischen 1918 und 1939 verdeutlicht: die geostrategische Situation nach dem Ersten Weltkrieg und das »informal Empire«, die Probleme der Kolonien, die Stellung der Dominions, die Auseinandersetzung um Indien sowie das Verhältnis zwischen Empire und Mutterland.

Zum informellen Empire zählten jene Gebiete, die zwar nicht direkter britischer Verwaltung unterstanden, aber mit Hilfe politischer, militärischer und ökonomischer Druckmittel jederzeit zur Botmäßigkeit gegenüber London gezwungen werden konnten.⁴ Die wichtigste Rolle im informellen Empire spielte dabei der Nahe und Mittlere Osten, der Indien gegen die Begehrlichkeiten Dritter abschirmen sollte und aufgrund vielversprechender Ölexplorationen an Bedeutung gewann. Freilich geriet Großbritannien hier bereits Anfang der zwanziger Jahre in die Defensive. Die Regierung Gladstone hatte 1882 Ägypten nach Unruhen kurzerhand okkupiert, um den Suezkanal für die britische Marine offenzuhalten.⁵ Was nur eine vorübergehende Maßnahme sein sollte, währte bis 1922, obwohl Großbritannien nach 1882 nicht weniger als 66 Mal das Ende der Besatzung zusagte.⁶ Die Frustration über dieses Katz-und-Maus-Spiel sowie die Hoffnung auf die von US-Präsident Woodrow Wilson verkündeten neuen Prinzipien internationaler Beziehungen führten nach dem Ersten Weltkrieg zu Unruhen im Land am Nil. Großbritannien willigte schließlich mit der Allenby-Deklaration von 1922 in die formelle Unabhängigkeit Ägyptens ein, behielt sich aber das Recht vor, militärisch zu intervenieren, falls imperiale Interessen dies erforderten, und blieb auch fortan tonangebend in Kairo.⁷

Zur selben Zeit geriet die östliche Flanke des Fruchtbaren Halbmondes in Aufruhr. Mesopotamien (Irak) war aus der Konkursmasse des Osmanischen Reiches heraus als Völkerbundsmandat an Großbritannien gefallen. Die Unzufriedenheit der Iraker entzündete sich an hohen Steu-

4 Vgl. Osterhammel, *Kolonialismus*, S. 25 f. – Zum informellen Empire gehörte beispielsweise auch Argentinien, da es erheblicher ökonomischer Einflußnahme von seiten Großbritanniens ausgesetzt war. Vgl. hierzu Edelstein, *Imperialism*, S. 214. Siehe ferner Gallagher/Robinson, *Imperialism*, S. 3.

5 Vgl. Lloyd, *British Empire*, S. 203 f.

6 Vgl. Ferguson, *Nexus*, S. 300.

7 Vgl. Darwin, *Egypt*, S. 131 f., und Gallagher/Robinson, *Imperialism*, S. 14. – General Edmund Allenby war von 1919 bis 1925 »High Commissioner« und damit oberster Repräsentant Großbritanniens in Ägypten.

ern und wurde weiter angefacht durch die Verbitterung über die französischen und britischen Rochaden auf der Konferenz von San Remo, wo beide Siegermächte des Ersten Weltkriegs 1920 die den Arabern gegebenen Versprechen brachen und statt einer arabischen Föderation ein neues System von Einflußsphären aus der Taufe hoben.⁸ Zudem schien der drohende Sturz des Istanbuler Kalifats die antiislamische Stoßrichtung der westlichen Politik zu belegen. Allerdings gelang es Großbritannien vergleichsweise rasch, den irakischen Aufstand vom Sommer 1920 niederzuschlagen, selbst wenn der Preis dafür massive Luftangriffe und der Einsatz von Giftgas waren.⁹ Der Irak wurde im Jahr 1932 formell unabhängig, blieb aber ebenso unter britischer Kuratel wie der benachbarte Klientenstaat Persien, wo Großbritannien seit 1914 die Mehrheit an der »Anglo-Persian Oil Company« besaß.¹⁰

Margaret Thatcher traf also den Kern des britischen Dilemmas, als sie in ihren Memoiren »die trügerische Macht eines Empire« beklagte, »das nach 1919 weiterexpandierte, dessen Verteidigung jedoch mehr kostete, als es zur Steigerung des britischen Wohlstands beitrug«.¹¹ Diese Ausdehnung des britischen Aktionsradius im Nahen und Mittleren Osten stand in offenem Widerspruch zu der seit Beginn des Jahrhunderts verfochtenen Strategie, mit Hilfe stiller Diplomatie und finanzieller Zuwendungen den territorialen Status quo in Übersee zu sichern und ansonsten die Früchte des Freihandels zu ernten. Die Technik der indirekten Kontrolle sollte die materiellen wie immateriellen Kosten von Fremdherrschaft überschaubar halten. Dies wurde nach 1918 freilich immer schwieriger, da Großbritannien nun anstelle des Osmanischen Reiches eine umfassende Ordnungsfunktion wahrnehmen und nicht zuletzt der Rumpftürkei den Zutritt zum Kreis der regionalen Hegemone versperren mußte.¹²

Die Bedeutung des informellen Empire auf dessen emotionale Dimension zu verkürzen, wie dies in einem Teil der Forschung geschieht, wird der Ernsthaftigkeit des britischen Ringens um Einfluß im Orient nicht gerecht.¹³ Dies heißt umgekehrt jedoch nicht, daß die britische Politik auf stabilem Fundament geruht hätte. So nahm die Entfremdung der

8 Frankreich erhielt Syrien zugeschlagen, Großbritannien neben Mesopotamien Palästina, von dem es (Trans-)Jordanien abtrennte. Vgl. hierzu Lloyd, *British Empire*, S. 288 f.

9 Vgl. Darwin, *Egypt*, S. 198 f. u. 274.

10 Vgl. Chamberlain, *Decolonisation*, S. 135.

11 Thatcher, *Downing Street*, S. 5.

12 Vgl. Darwin, *Egypt*, S. 271 u. 275.

13 Dies suggeriert Heinlein, *Decolonisation*, S. 291-293.